

Christine Morgenstern

# Die Untersuchungshaft

Eine Untersuchung unter rechtsdogmatischen, kriminologischen, rechtsvergleichenden und europarechtlichen Aspekten



**Nomos**

<https://doi.org/10.5771/9783845284873-1>

Generiert durch IP '207.241.231.83', am 19.07.2018, 17:15:26.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.



Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Böse, Universität Bonn

Prof. Dr. Gunnar Duttge, Universität Göttingen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Urs Kindhäuser, Universität Bonn

Prof. Dr. Claus Kreß, Universität Köln

Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Kuhlen, Universität Mannheim

Prof. Dr. Ursula Nelles, Universität Münster

Prof. Dr. Dres. h.c. Ulfrid Neumann, Universität Frankfurt am Main

Prof. Dr. Henning Radtke, Universität Hannover

Prof. Dr. Klaus Rogall, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Helmut Satzger, Universität München

Prof. Dr. Brigitte Tag, Universität Zürich

Prof. Dr. Thomas Weigend, Universität Köln

Prof. Dr. Wolfgang Wohlers, Universität Zürich

Prof. Dr. Rainer Zaczyk, Universität Bonn

*Christine Morgenstern*

# Die Untersuchungshaft

*Eine Untersuchung unter rechtsdogmatischen, kriminologischen,  
rechtsvergleichenden und europarechtlichen Aspekten*

Nomos Verlagsgesellschaft

<https://doi.org/10.5771/9783845284873-1>

Generiert durch IP '207.241.231.83', am 19.07.2018, 17:15:26.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

*Prof. Dr. Christine Morgenstern, geb. 1967, studierte Rechtswissenschaften in Freiburg, Hamburg und San Sebastian. 2002 legte sie ihre vergleichende Dissertation „Internationale Standards für ambulante Sanktionen und Maßnahmen“ vor. Während der langjährigen Mitarbeit am Lehrstuhl für Kriminologie der Universität Greifswald (Prof. Dr. Frieder Dunkel) betreute sie u.a. rechtsvergleichende europäische Projekte zum Strafvollzug und zur Kriminalpolitik. Zwischen 2012 und 2016 förderte die Deutsche Forschungsgemeinschaft ihre Studie zur Untersuchungshaft in Europa als eigene Stelle. 2017/2018 hat sie eine Gastprofessur an der Freien Universität Berlin inne. In Forschung und Lehre fühlt sich dem Gedanken einer „gesamten Strafrechtswissenschaft“ verpflichtet, die Forschungsschwerpunkte liegen dabei im Bereich der Menschenrechte im Strafjustizsystem, der Sanktionenlehre und der vergleichenden Kriminologie.*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Greifswald, Univ., Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Habilitationsschrift, 2016

© 2018 Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Schrift: Sabon 9,3 auf 11,6 pt. Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und fadengeheftet.

ISBN 978-3-8487-4182-3 (Print)

ISBN 978-3-8452-8487-3 (ePDF)

## Vorwort und Danksagung

Diese Studie wurde von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald im Mai 2016 als Habilitationsschrift angenommen. Das Manuskript wurde nach Abschluss des Verfahrens mit Blick auf statistische Daten, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur aktualisiert und auf den Stand Februar 2017 gebracht.

Prof. Dr. jur. *Frieder Dünkel* danke ich für die Betreuung der Habilitation; er ist in seiner Art, die Kriminalwissenschaften ganzheitlich zu betrachten und in seiner Offenheit für andere (Rechts-)kulturen mein wichtigster Lehrer und ein Vorbild. Prof. Dr. *Wolfgang Joecks* hat das Zweitgutachten erstellt. Sein Tod im Sommer 2016 war für uns alle ein schwerer Verlust, er hat weite Teile meines wissenschaftlichen Werdegangs begleitet und meine Vorstellungen von guter Lehre nachhaltig geprägt. Prof. Dr. *Carl-Friedrich-Stuckenberg* danke ich für die Übernahme des Drittgutachtens und die ausführlichen und konstruktiven Anmerkungen, die für die Druckfassung wichtig und hilfreich waren.

Die Arbeit an der vorliegenden Studie ist über vier Jahre von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* durch die Finanzierung der eigenen Stelle und mit einem Druckkostenzuschuss gefördert worden. Dies ermöglichte ein freies wissenschaftliches Arbeiten, für das ich herzlich dankbar bin, und das mir nach Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen anderer europäischer Universitäten über deren Wissenschaftsförderung auch außergewöhnlich erscheint.

In dieser Endphase der Arbeit, in der ich beabsichtigt hatte, neben den Anmerkungen der Gutachter nur noch ein paar Zahlen nachzutragen oder das ein oder andere Urteil einzufügen, hat sich das kriminalpolitische Klima deutlich verändert: Gefängnisse füllen sich weiter oder wieder, die Sicherheitsrhetorik wird schärfer, die Bedrohungsgefühle nehmen zu. Beunruhigend ist die Abnahme der Bereitschaft mancher Staaten, europäische Vorgaben, namentlich durch den EGMR, zu berücksichtigen. Im Ergebnis der Arbeit wird zwar deutlich, dass Deutschland und die anderen untersuchten Staaten auf einem soliden rechtsstaatlichen Fundament operieren, aber auch, dass das auf ihm errichtete Gebäude der rechtsstaatlichen Strafrechtspflege stets bröckelt und in Stand gehalten werden muss, und dass die Untersuchungshaft in der Regel ein eher vernachlässigter Flügel dieses Gebäudes ist. Derzeit setzt ihm die kriminalpolitische Witterung besonders zu – die jüngeren Entwicklungen in Gestalt zunehmender Haftzahlen und der Diskussion um immer mehr präventive Inhaftierungsmöglichkeiten verdeutlichen dies.

Bei meinem Projekt, das davon abhing, die verschiedenen Fäden der dogmatischen, vergleichenden und kriminologischen Arbeit zusammenzuhalten, haben mir viele Menschen geholfen. Ich danke dafür:

- meinen Kolleginnen und Kollegen am Greifswalder Lehrstuhl für Kriminologie mit ihrem *team spirit*, zunächst bei Prof. *Frieder Dünkel* und nun ebenso bei Prof. *Stefan Harrendorf*
- den vielen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern an europäischen Universitäten, Forschungseinrichtungen, Ministerien, beim Europarat und der Europäischen Kommission
- den Praktikerinnen und Praktikern, die mir Einblicke in ihre Aufgaben bei Gericht, bei den Strafverfolgungsbehörden und vor allem in die schwierige und oft zu wenig gewürdigte Arbeit der Justizvollzugsanstalten gaben
- meinen Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden, aus dem Forschungsnetzwerk *Offender Supervision in Europe*, mit denen der Rechts-Kultur-Vergleich möglich wurde
- Prof. Dr. *Kirstin Drenkhahn*, Prof. Dr. *Christel Salewski* und Dr. *Hans Kromrey* für stete moralische und intellektuelle Unterstützung
- meinen Eltern und meiner Patentante
- und *Christoph, Felix* und *Moritz*, meiner Herde, denen ich dieses Buch widme.

Greifswald, im März 2017

Christine Morgenstern

## Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis .....	27
 I. Einführung .....	 37
1. Das Anliegen der Studie .....	37
2. Wissenschaftliche Perspektiven auf die Untersuchungshaft .....	37
3. Methodische Ansätze .....	39
4. Forschungsstand .....	56
5. Schwerpunkte und Gang der Darstellung .....	63
 II. Die Europäischen Rahmenbedingungen .....	 65
1. Rechtstatsachen aus zwölf europäischen Staaten .....	65
2. Menschenrechtsstandards für die Untersuchungshaft im europäischen Mehrebenensystem .....	114
3. Untersuchungshaft im Recht der Europäischen Union .....	283
 III. Die Untersuchungshaft in Deutschland .....	 345
1. Rahmenbedingungen der Untersuchungshaft in Deutschland und für die vorliegende Studie .....	345
2. Zu oft, zu schnell, zu lang? Daten zur Untersuchungshaft in sekundärstatistischer Analyse .....	395
3. Andere vorläufige Freiheitsentziehungen nach der StPO .....	418
4. Voraussetzungen der Haftanordnung .....	429
5. Rechtsstaatliche Einschränkungen der Untersuchungshaft .....	511
6. Verteidigungsrechte .....	521
7. Haftkontrolle und Verlängerungsmöglichkeiten .....	531
8. Surrogate der Untersuchungshaft .....	549
9. Untersuchungshaftvollzug .....	578
10. Untersuchungshaft und ihre Konsequenzen .....	609



11. Alte und neue Probleme der Untersuchungshaft in Deutschland – Zusammenfassung und Ausblick .....	640
 IV. Grenzüberschreitende Aspekte der Untersuchungshaft: Die Strafverfolgungszusammenarbeit in der Europäischen Union .....	669
1. Der Rahmenbeschluss zum Europäischen Haftbefehl .....	669
2. Der Rahmenbeschluss zu Europäischen Überwachungsmaßnahmen (Europäische Überwachungsanordnung) .....	725
 V. Synthese und Ertrag der Untersuchung .....	785
1. Das richtige Maß: Europäische Daten im Vergleich .....	785
2. Die Haftentscheidung .....	790
3. Die Haftlänge und Haftkontrollmechanismen .....	804
4. Haftvermeidung – aber um welchen Preis? .....	809
5. Untersuchungshaftvollzug als Vorwegvollzug der Strafe .....	811
6. Das Europäische an der Untersuchungshaft .....	815
7. Zum Schluss .....	824
 Quellenverzeichnis .....	827
Literatur .....	827
Materialien des Europarats .....	873
Materialien der Europäischen Union .....	877

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	27
I. Einführung .....	37
1. Das Anliegen der Studie .....	37
2. Wissenschaftliche Perspektiven auf die Untersuchungshaft .....	37
3. Methodische Ansätze .....	39
3.1 Rechtsordnungen im Vergleich .....	39
3.2 Kontextualisierung I: Erfassung der Rechtstatsachen in Länderkurzporträts .....	44
3.3 Kontextualisierung II: Der europäische Rahmen .....	45
3.3.1 Begriffe und Akteure .....	45
3.3.2 Rechtliche Dimensionen des europäischen Strafverfahrens .....	47
3.3.3 Kriminalpolitische und kriminalsoziologische Dimensionen des europäischen Strafverfahrens .....	50
3.4 Kontextualisierung III: Alte und neue Probleme der Untersuchungshaft in Deutschland .....	54
3.5 Angewandte Rechtsvergleichung: Die Umsetzung untersuchungshaftrelevanter EU-Rahmenbeschlüsse .....	54
4. Forschungsstand .....	56
4.1 Forschung zu europäischen Rahmenbedingungen der Untersuchungshaft .....	56
4.2 Rechtsvergleichende Forschung zur Untersuchungshaft .....	57
5. Schwerpunkte und Gang der Darstellung .....	63

II. Die Europäischen Rahmenbedingungen .....	65
1. Rechtstatsachen aus zwölf europäischen Staaten .....	65
1.1 Definitorische Fragen .....	65
1.2 Weitere methodische Überlegungen: Maße und Quellen .....	68
1.3 Die quantitative Bedeutung der Untersuchungshaft für die Justizsysteme: Einige Ergebnisse .....	71
1.3.1 Im Querschnitt .....	71
1.3.1.1 Anteile der Untersuchungsgefangenen .....	71
1.3.1.2 Untersuchungsgefangenenraten .....	73
1.3.1.3 Ausländer in Untersuchungshaft .....	76
1.3.2 Im Längsschnitt .....	81
1.3.2.1 Der Einfluss der Untersuchungshaft auf die Entwicklung der Gefangenzahlen .....	81
1.3.2.2 Zunahmetendenzen: England und Wales, Spanien, Italien und Belgien .....	81
1.3.2.3 Abnahmetendenzen: Litauen und Estland .....	93
1.3.2.4 Divergierende Verläufe: Polen, Frankreich, Deutschland und die Niederlande .....	99
1.3.2.5 Traditionell niedrige Werte: Irland und Finnland .....	108
1.4 Zusammenfassung: Häufig, lang, oft gegen Fremde .....	112
2. Menschenrechtsstandards für die Untersuchungshaft im europäischen Mehrebenensystem .....	114
2.1 Die Notwendigkeit spezieller internationaler Schutzrechte für festgenommene und inhaftierte Beschuldigte .....	114
2.2 Rechtsquellen und Durchsetzungsmechanismen .....	117
2.2.1 Die Europäische Menschenrechtskonvention und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte .....	117
2.2.2 Die Anti-Folter-Konvention und die Standards des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter ..	123
2.2.3 Der Internationale Pakt für bürgerliche und politische Rechte und andere UN-Instrumente .....	125
2.2.4 Empfehlungen des Europarats .....	127
2.2.4.1 Soft Law: Hintergrund .....	127
2.2.4.2 Die Empfehlung 2006 (13) .....	128
2.2.4.3 Die Europäischen Strafvollzugsgrundsätze ....	130
2.2.4.4 Weitere Empfehlungen des Europarats .....	131
2.2.5 Das Zusammenwirken der Mechanismen: Fallstudie Ramirez Sanchez gegen Frankreich .....	131

2.2.6	Menschenrechtsschutz in der Europäischen Union .....	132
2.2.6.1	Das Verhältnis von EMRK und Grundrechtcharta .....	132
2.2.6.2	Die Rolle des EuGH .....	134
2.2.6.3	Die Rolle des Europäischen Parlaments und der Agentur für Grundrechte .....	137
2.3	Aufgaben und Reichweite der Untersuchungshaft nach Art. 5 Abs. 1 EMRK .....	138
2.3.1	Zulässige Freiheitsentziehungen gem. Art. 5 Abs. 1 EMRK .....	138
2.3.2	Inhaftierung zur Vorführung im Strafverfahren nach Art. 5 Abs. 1 S. 2 lit. c) EMRK .....	143
2.3.3	Reichweite der Garantien des Art. 5 EMRK .....	145
2.3.3.1	Abgrenzung der Freiheitsentziehung von der Freiheitsbeschränkung .....	145
2.3.3.2	Zeitlicher Umfang .....	147
2.4	Voraussetzungen und Bestätigung der Haftanordnung .....	148
2.4.1	Rechtmäßigkeit (Lawfulness) .....	148
2.4.1.1	Verweis auf innerstaatliche Rechtsgrundlagen .....	148
2.4.1.2	„margin of appreciation“ .....	149
2.4.1.3	Hinreichende Bestimmtheit der Rechtsgrundlage .....	150
2.4.1.4	Verstöße gegen Art. 5 Abs. 1 durch Verstöße gegen die innerstaatlichen Rechtsgrundlagen ..	151
2.4.1.5	Verfahrensverstöße .....	152
2.4.2	Festnahmevoraussetzungen .....	154
2.4.2.1	Tatverdacht .....	154
2.4.2.2	Das Problem der Präventivhaft .....	157
2.4.3	Die Haftkontrolle gem. Art. 5 Abs. 3 EMRK .....	162
2.4.3.1	Grundsatz .....	162
2.4.3.2	Unverzügliche, automatische und unabdingbare Vorführung .....	163
2.4.3.3	Unabhängiges, unparteiliches Kontrollorgan ..	167
2.4.3.4	Verbot zwingender Untersuchungshaftanordnung durch das Gesetz .....	171
2.4.3.5	Form- und Begründungsanforderungen .....	173
2.4.3.6	Aufrechterhaltung der Haft über einen angemessenen Zeitraum: Haftgründe im engeren Sinn .....	176

2.4.3.7	Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr als akzeptierte Haftgründe .....	177
2.4.3.8	Das Problem der Straferwartung .....	180
2.4.3.9	Das Problem der Fluchtgefahr bei Ausländern .....	182
2.4.3.10	Probleme der Haftgründe des „Schutzes der Öffentlichen Ordnung“ und des „Schutzes des Betroffenen“ .....	184
2.4.3.11	(Weitere) Inakzeptable Haftbegründungen ...	186
2.5	Zeitliche Begrenzungen und Haftüberprüfungen nach Art. 5 Abs. 3 und 4 EMRK .....	187
2.5.1	Der Beschleunigungsgrundsatz in Haftsachen .....	187
2.5.2	Kriterien für die Angemessenheit der Haftdauer .....	189
2.5.3	Fallstudie: Polen .....	192
2.5.4	Haftbeschwerden: Die Habeas Corpus-Garantie des Art. 5 Abs. 4 EMRK .....	198
2.5.4.1	Reichweite der Überprüfung .....	198
2.5.4.2	Wiederholungsprüfungen in angemessenen Abständen .....	200
2.5.4.3	Prüfung binnen kurzer Frist .....	202
2.6	Verfahrensrechtliche Absicherung der Haftkontrollmechanismen .....	203
2.6.1	Freiheitschutz durch Verfahren und Organisation .....	203
2.6.2	Belehrungs- und Informationsrechte .....	204
2.6.2.1	Grundsatz des Art. 5 Abs. 2 EMRK .....	204
2.6.2.2	Ergänzungen durch Art. 6 Abs. 3 EMRK .....	205
2.6.2.3	Benachrichtigungen der Familie und ausländischer Vertretungen .....	206
2.6.2.4	Das Problem der incommunicado-Haft .....	208
2.6.3	Das Recht auf wirksame Verteidigung .....	209
2.6.4	Das Recht auf Akteneinsicht im Haftprüfungsverfahren als Konsequenz der „Waffengleichheit“ .....	216
2.7	Andere menschenrechtliche Begrenzungen der Untersuchungshaft .....	218
2.7.1	Subsidiarität der Untersuchungshaft und weitere Verhältnismäßigkeitsaspekte .....	218
2.7.2	Die Unschuldsvermutung .....	220
2.7.2.1	Die Unschuldsvermutung als Bestandteil des „fair trial“ .....	220

2.7.2.2	Schutz der Reputation des Untersuchungsgefangenen .....	224
2.7.2.3	Verbot der Vorwegnahme der Strafe und Vollzugsfragen .....	225
2.7.3	Schutz der Menschenwürde und humanitäre Aspekte ..	225
2.8	Alternativen zur Untersuchungshaft .....	226
2.8.1	Grundsatz des milderen Mittels .....	226
2.8.2	Auswahl und Angemessenheit der Haftalternativen ....	228
2.8.3	Die Bemessung und Verwirkung einer Sicherheitsleistung .....	231
2.8.4	Elektronisch überwachter Hausarrest als Alternative ..	233
2.9	Menschenrechte im Untersuchungshaftvollzug .....	235
2.9.1	Die Grundlagen: Art. 3 EMRK, Art. 6 Abs. 2 EMRK und Fragen der Beweislast .....	235
2.9.2	Verstöße gegen Art. 3 EMRK bei der Festnahme, im Polizeigewahrsam und im Frühstadium der Untersuchungshaft .....	238
2.9.2.1	Folter .....	238
2.9.2.2	Verstöße durch unzureichende Kontrolle der Festnahme- und Haftbedingungen .....	240
2.9.3	Haftbedingungen als materielle Verletzung von Art. 3 EMRK .....	241
2.9.3.1	Systemische Probleme der Überbelegung und schlechter Lebensbedingungen .....	241
2.9.3.2	Isolationshaft und Sondermaßnahmen für „gefährliche Gefangene“ .....	248
2.9.4	Verletzungen der Rechte auf Privatsphäre und Familienleben (Art. 8 EMRK) .....	253
2.9.4.1	Besuch und Kontakt zur Außenwelt .....	253
2.9.4.2	Postkontrolle .....	254
2.9.5	Das Trennungsgebot und weitere Konsequenzen aus der Unschuldsvermutung .....	256
2.9.6	Weitere Problemfelder im Spiegel der Menschenrechtsarbeit des Europarats .....	258
2.9.6.1	Aktivitäten und Tagesgestaltung im Vollzug ..	258
2.9.6.2	Gesundheitsversorgung .....	259
2.9.6.3	Wahlrecht .....	260
2.10	Konsequenzen erlittener Untersuchungshaft .....	262
2.10.1	Die Anrechnung prozesssichernder Maßnahmen auf die später verhängte Strafe .....	262
2.10.2	Entschädigungsfragen .....	264

2.10.2.1	Entschädigung bei späterem Freispruch .....	264
2.10.2.2	Entschädigung bei unrechtmäßiger Haft .....	264
2.11	Zusammenfassung: Ein komplexes System für den Schutz der Menschenrechte von Untersuchungsgefangenen .....	266
2.11.1	Die EMRK und ihre Durchsetzung .....	266
2.11.2	Anordnung und richterliche Bestätigung der Haft nach Art. 5 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 EMRK .....	268
2.11.3	Habeas Corpus und Beschuldigtenrechte .....	276
2.11.4	Der Einsatz milderer Mittel – Alternativen zur Haft ...	278
2.11.5	Keine Vorwegnahme der Strafe – die Bedeutung der Unschuldsvermutung .....	280
2.11.6	Art. 3, Art. 8 EMRK und Probleme des Untersuchungshaftvollzugs .....	281
2.11.7	Konsequenzen der Untersuchungshaft .....	283
3.	Untersuchungshaft im Recht der Europäischen Union .....	283
3.1.	Einführung .....	283
3.2.	Supranationales Straf- und Strafverfahrensrecht .....	285
3.2.1	Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Europäischen Union: Materielles Unions(straf)recht ...	285
3.2.2	Supranationales Strafverfahrensrecht: OLAF, Eurojust und die Perspektive einer Europäischen Staatsanwaltschaft .....	287
3.3.	Rechtsangleichung .....	295
3.3.1	Der Zwang zur Harmonisierung .....	295
3.3.2	Angleichung des materiellen Strafrechts .....	297
3.3.3	Strafverfolgung und Strafverfahren: Gegenseitige Anerkennung und Angleichung .....	299
3.3.3.1	Herkunft und Bedeutung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung .....	299
3.3.3.2	Schwierigkeiten bei der Umsetzung .....	304
3.4	Handlungsformen: Richtlinie und Rahmenbeschluss .....	308
3.5	Gemeinsame Strukturmerkmale der relevanten Rechtsakte .....	313
3.5.1	Ablösung klassischer zweiaktiger Rechtshilfeinstrumente innerhalb der Union .....	313
3.5.2	Verzicht auf die Nachprüfung der beiderseitigen Strafbarkeit .....	315
3.5.3	Prinzipiell einstufiges Verfahren und keine Besserstellung eigener Staatsangehöriger .....	316
3.5.4	Ausnahmen von der Vollstreckungspflicht .....	317
3.5.5	Verfahrensstandardisierung .....	319

3.6	Unionsrechtsakte und -initiativen mit Blick auf den Beschuldigten im Strafverfahren .....	319
3.6.1	Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten .....	319
3.6.1.1	Justizielle Rechte in der Grundrechtecharta ..	319
3.6.1.2	Fahrplan zur Stärkung der Beschuldigtenrechte und Richtlinie über Dolmetschleistungen .....	320
3.6.1.3	Richtlinie zu Übersetzungen .....	323
3.6.1.4	Richtlinie zur Belehrung .....	325
3.6.1.5	Richtlinie zum Rechtsbeistand .....	327
3.6.2	Weitere Initiativen zum Schutz der Beschuldigtenrechte: Unschuldsvermutung, Anwesenheitsrecht, Rechte junger Beschuldigter und Prozesskostenhilfe .....	331
3.6.3	Grünbuch zur Untersuchungshaft: Anwendung der EU-Vorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs .....	335
3.7	Governing through crime oder Stärkung der Beschuldigtenrechte – was prägt die Strafverfolgungspolitik der Europäischen Union? .....	339
III.	Die Untersuchungshaft in Deutschland .....	345
1.	Rahmenbedingungen der Untersuchungshaft in Deutschland und für die vorliegende Studie .....	345
1.1	Verfassungsrecht .....	345
1.2	Historischer Kontext unter Berücksichtigung der DDR-Geschichte .....	348
1.3	Völkerrechtliche und europarechtliche Verpflichtungen .....	352
1.3.1	Die Europäische Menschenrechtskonvention .....	352
1.3.2	Anti-Folter-Konventionen .....	354
1.3.3	Weitere Menschenrechtsstandards .....	356
1.3.4	Die Europäische Union .....	359
1.3.4.1	Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts .....	359
1.3.4.2	Insbesondere: Verfassungsidentität und Menschenwürdeschutz im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung .....	362
1.3.4.3	Kriminalpolitik und Umsetzung von EU-Rechtsakten .....	366



1.4	Die Struktur des deutschen Strafverfahrens und untersuchungshaftrelevante Strafverfahrensgrundsätze .....	367
1.4.1	Kriterien .....	367
1.4.2	Der deutsche Prozesstyp im internationalen Vergleich ..	368
1.4.3	Fair Trial .....	369
1.4.4	Die Ermittlung der materiellen Wahrheit: Tatverdacht und Unschuldsvermutung .....	370
1.4.5	Der Anwesenheitsgrundsatz .....	374
1.4.6	Das Legalitätsprinzip .....	376
1.4.7	Der Beschleunigungsgrundsatz .....	377
1.5	Die Entwicklung des Rechts der Untersuchungshaft im Überblick .....	377
1.6	Forschungsstand und Schwerpunkte der eigenen Darstellung ..	384
1.6.1	Dogmatische Forschung .....	385
1.6.2	Kriminologische Forschung .....	388
1.6.3	Rechtspolitische Schriften .....	391
1.6.4	Literatur für Praktiker .....	393
1.6.5	Schwerpunkte der eigenen Darstellung .....	393
2.	Zu oft, zu schnell, zu lang? Daten zur Untersuchungshaft in sekundärstatistischer Analyse .....	395
2.1	Datenlage und Quellen .....	395
2.2	Die Zahl der Untersuchungsgefangenen im Längsschnitt .....	396
2.3	Die Daten im Kontext .....	400
2.3.1	Kriminalitätsentwicklung, Abgeurteilte, Strafgefangene und die Untersuchungshaftquote .....	400
2.3.2	Haftdauer .....	406
2.3.3	Der Gebrauch von Haftsurrogaten und Alternativen zur Haft .....	407
2.3.4	Weibliche, junge und ausländische Inhaftierte .....	408
2.3.5	Regionale Unterschiede .....	412
2.3.6	Verfahrensbeendende Entscheidungen und Sanktionen in Untersuchungshaftfällen .....	417
3.	Andere vorläufige Freiheitsentziehungen nach der StPO .....	418
3.1	Die vorläufige Festnahme nach § 127 Abs. 2 StPO als Vorfrage zur Untersuchungshaft .....	418
3.2	Die Hauptverhandlungshaft nach § 127b StPO .....	422
3.3	Die Sistierhaft nach § 230 Abs. 2 StPO .....	424
3.4	Die vorläufige Unterbringung nach § 126a StPO .....	428

4.	Voraussetzungen der Haftanordnung .....	429
4.1	Zweckbestimmungen .....	429
4.1.1	Prozessuale und strafzielbezogene Funktionen .....	429
4.1.2	Weitergehende, apokryphe Funktionen .....	433
4.1.3	Insbesondere: Reaktion auf öffentlichen bzw. medialen Druck .....	436
4.1.4	Insbesondere: Geständniserlangung .....	439
4.2	Dringender Tatverdacht .....	440
4.3	Haftgründe .....	443
4.3.1	Nutzung einzelner oder Kombinationen von Haftgründen .....	443
4.3.2	Flucht und Fluchtgefahr .....	444
4.3.3	Insbesondere: Fluchtgefahr wegen hoher Straferwartung .....	448
4.3.4	Verdunkelungsgefahr .....	451
4.3.5	Schwere der Tat .....	454
4.3.6	Wiederholungsgefahr .....	459
4.3.6.1	Struktur und Anwendungspraxis .....	459
4.3.6.2	Probleme des präventiven Haftzwecks .....	462
4.3.6.3	Probleme des Anlasstatverdachts .....	466
4.3.6.4	Probleme der Vortaten .....	468
4.3.6.5	Probleme der zu erwartenden Taten .....	470
4.3.6.6	Konsequenz: Verkleinerung des Katalogs der Anlasstaten .....	473
4.4	Das Anordnungsverfahren .....	473
4.4.1	Der Richtervorbehalt .....	473
4.4.2	Fristen, Zuständigkeiten und der „nächste Richter“ ...	476
4.4.3	Belehrungen und Informationen .....	480
4.4.4	Vorführung, rechtliches Gehör und Form des Haftbefehls .....	485
4.4.5	Prognose- und Begründungsdefizite und ihre Konsequenzen .....	488
4.4.6	Staatsanwaltschaft, Polizei und Gerichtshilfe .....	497
4.5	Besonderheiten für junge Beschuldigte .....	503
4.6	Besonderheiten für ausländische Beschuldigte .....	504
4.6.1	Überrepräsentation ausländischer Beschuldigter in der Untersuchungshaft .....	504
4.6.2	Insbesondere: Fluchtgefahr wegen Auslandsbezug .....	506
4.6.3	Weitere ausländerspezifische Aspekte .....	510
5.	Rechtsstaatliche Einschränkungen der Untersuchungshaft .....	511

5.1	Untersuchungshaft als subsidiäres Mittel der Prozesssicherung: Verhältnismäßigkeitsaspekte .....	511
5.2	§ 113, § 116, § 120 StPO und weitere Konkretisierungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	515
5.3	Die Begrenzungsfunktion der Unschuldsvermutung .....	517
5.4	Humanitäre Aspekte .....	519
6.	Verteidigungsrechte .....	521
6.1	Die Bedeutung des Verteidigers .....	521
6.2	Akteneinsichtsrecht – Deutschland vor dem EGMR .....	528
7.	Haftkontrolle und Verlängerungsmöglichkeiten .....	531
7.1	Rechtsbehelfe .....	531
7.1.1	Überblick .....	531
7.1.2	Haftprüfung .....	532
7.1.3	Beschwerde und weitere Beschwerde .....	534
7.1.4	Auswahl, Risiken und Erfolgsaussichten des Rechtsbehelfs .....	535
7.2	Beschleunigungsgebot und Haftfristen .....	538
7.2.1	Verfassungsrechtliche Grundlagen und einfachgesetzliche Ausprägungen .....	538
7.2.2	Überlange Haft: Deutschland vor dem EGMR .....	546
7.2.3	Rechtswirklichkeit: empirische Befunde und obergerichtliche Rechtsprechung .....	548
8.	Surrogate der Untersuchungshaft .....	549
8.1	Rechtliche Grundlagen .....	549
8.2	§§ 127a, 132 StPO als Sondermaßnahmen für Ausländer; Zustellungsvollmachten .....	555
8.3	Problemfelder .....	559
8.3.1	Angebot und Nutzung der Haftverschonungsauflagen ..	559
8.3.2	Finanzielle Sicherheit (Kautions) .....	562
8.3.3	Therapeutische Maßnahmen .....	565
8.3.4	Elektronische Überwachung von Haftverschonungsauflagen .....	568
8.3.4.1	Rechtliche Einordnung und kriminalpolitische Voraussetzungen .....	568
8.3.4.2	Menschenrechtliche Probleme .....	570
8.3.4.3	Deutsche (hessische) Praxis .....	573
8.3.4.4	Fazit: Ungeeignetheit zur Haftvermeidung ....	575
8.3.5	Rechtsstaatliche Ausgestaltung der Haftsurrogate .....	577

9.	Untersuchungshaftvollzug .....	578
9.1	Rechtliche Grundlagen .....	578
9.1.1	Untersuchungshaftvollzug nach der Föderalismusreform .....	578
9.1.2	§§ 119, 119a StPO .....	579
9.1.3	Die Landesgesetze zum Untersuchungshaftvollzug .....	582
9.2	Einzelne Problemfelder .....	585
9.2.1	CPT-Befunde und die Umsetzung europäischer Standards .....	585
9.2.2	Das Trennungsgebot .....	590
9.2.3	Vollzugsgestaltung .....	591
	9.2.3.1 Lebensbedingungen im Vollzugsalltag .....	591
	9.2.3.2 Suizidprävention .....	593
	9.2.3.3 Kontakte zur Außenwelt .....	595
	9.2.3.4 Arbeit .....	598
	9.2.3.5 Einschlusszeiten als Beispiel für die verfassungswidrigen Ausgestaltung des Untersuchungshaftvollzugs .....	599
9.3	Konsequenz: Ein Abstandsgebot zum Strafvollzug .....	606
10.	Untersuchungshaft und ihre Konsequenzen .....	609
10.1	Die präjudizielle Wirkung von Untersuchungshaft .....	609
10.2	Anrechnungsfragen: Untersuchungshaft als „bedingte Strafe“? ..	616
	10.2.1 Dogmatische Probleme der Anrechnung .....	616
	10.2.2 Faktische Ununterscheidbarkeit von Untersuchungshaft- und Strafvollzug .....	619
	10.2.3 Rechtsgrundlagen und praktische Probleme der Anrechnung .....	620
	10.2.4 Anrechnung von Auslandshaft .....	624
10.3	Entschädigungsfragen .....	630
	10.3.1 Entschädigungen nach dem StrEG .....	630
	10.3.2 Kompensation überlanger Haft im Rechtsfolgenausspruch .....	633
	10.3.3 Amtshaftung .....	635
	10.3.4 Art. 5 Abs. 5 EMRK .....	635
10.4	Der Übergang in Straftaft, Maßregelvollzug oder Freiheit .....	636
11.	Alte und neue Probleme der Untersuchungshaft in Deutschland – Zusammenfassung und Ausblick .....	640
11.1	Die Situation in Zahlen .....	640

11.2	Verfassungsrechtliche Anforderungen und dogmatische Grundprobleme der Untersuchungshaft .....	643
11.3	Anordnungsvoraussetzungen der Untersuchungshaft .....	646
11.4	Wer entscheidet? Der Richtervorbehalt und der Einfluss der übrigen Akteure .....	652
11.5	Haftlänge und Haftkontrolle .....	653
11.6	Beschuldigtenrechte und die Rolle der Verteidigung .....	655
11.7	Alternative Methoden der Verfahrenssicherung .....	657
11.8	Untersuchungshaftvollzug .....	659
11.9	Ausländische Untersuchungsgefangene .....	663
11.10	Europäische Entwicklungen .....	664
11.11	Reformbedarf .....	665

#### IV. Grenzüberschreitende Aspekte der Untersuchungshaft: Die Strafverfolgungszusammenarbeit in der Europäischen Union ..... 669

1.	Der Rahmenbeschluss zum Europäischen Haftbefehl .....	669
1.1	Anwendungsbereich und Relevanz für die Untersuchungshaft ..	669
1.2	Entstehungsgeschichte und politische Bedeutung .....	672
1.3	Umsetzung und Probleme bei der Überführung in nationales Recht .....	673
1.4	Funktionsweise des Europäischen Haftbefehls .....	677
1.4.1	Fallkonstellationen .....	677
1.4.2	Geeigneter Tatverdacht: Das Problem der Eingriffsschwelle .....	678
1.4.3	Formale und inhaltliche Voraussetzungen .....	681
1.4.4	Ablehnungsgründe .....	684
1.4.5	Der außerordentliche Ablehnungsgrund der drohenden schweren Grundrechtsverletzung .....	689
1.4.5.1	Menschenunwürdige Haftbedingungen .....	689
1.4.5.2	Das Problem der Abwesenheitsurteile .....	691
1.4.5.3	Prüfungspflichten der Gerichte im Vollstreckungsstaat .....	694
1.4.6	Ablehnung bei drohender lebenslanger Freiheitsstrafe ..	696
1.5	Das Problem der Auslieferungshaft .....	697
1.6	Praxistauglichkeit: Die Voraussetzung einer gemeinsamen Vertrauensbasis .....	701
1.6.1	Rechtstatsachen: Nutzung des Instrumentariums .....	701

1.6.2	Verhältnismäßigkeitsprobleme und Menschenrechtsverstöße in der Praxis des Europäischen Haftbefehls .....	708
1.6.3	„Anwendungssicherheit“ und Auswirkungen auf die nationale Haftpraxis .....	720
1.7	Zusammenfassung: Konsolidierung der Europäischen Haftbefehlspraxis .....	724
2.	Der Rahmenbeschluss zu Europäischen Überwachungsmaßnahmen (Europäische Überwachungsanordnung) .....	725
2.1	Zweck und Relevanz für die Untersuchungshaft .....	725
2.2	Entstehungsgeschichte und Bedarf in den Mitgliedstaaten .....	727
2.3	Umsetzung in den Mitgliedstaaten .....	736
2.4	Funktionsweise der Europäischen Überwachungsanordnung ..	740
2.4.1	Fallkonstellationen .....	740
2.4.2	Anwendungsbereich .....	742
2.4.3	Ablauf des Verfahrens .....	744
2.4.4	Übertragbare Überwachungsmaßnahmen .....	750
2.4.4.1	Obligatorisch zu überwachende Maßnahmen ..	750
2.4.4.2	Fakultativ zu überwachende Maßnahmen, insbesondere mithilfe elektronischer Überwachung .....	751
2.4.5	Verzicht oder Bestehen auf die Überprüfung der beiderseitigen Strafbarkeit? .....	756
2.4.6	Eingriffsschwelle und Verhältnismäßigkeit der transferierten Überwachungsmaßnahme .....	760
2.4.7	Die Zustimmung des Betroffenen und sein Recht auf den Erlass einer Europäischen Überwachungsanordnung .....	768
2.4.8	Ablehnung der Überwachungsentscheidung .....	772
2.4.9	Folgende Entscheidungen, Konsultationspflichten und Rechtsbehelfe des Betroffenen .....	774
2.5	Gefahr des net-widening durch den Rahmenbeschluss .....	777
2.6	Zusammenfassung: Untersuchungshaftvermeidung durch die EU? .....	781
V.	Synthese und Ertrag der Untersuchung .....	785
1.	Das richtige Maß: Europäische Daten im Vergleich .....	785
2.	Die Haftentscheidung .....	790

2.1	Die Haftschwelle .....	790
2.2	Die Haftgründe .....	793
2.3	Das Verfahren und die Akteure .....	796
2.4	Die Betroffenen .....	802
3.	Die Haftlänge und Haftkontrollmechanismen .....	804
4.	Haftvermeidung – aber um welchen Preis? .....	809
5.	Untersuchungshaftvollzug als Vorwegvollzug der Strafe .....	811
6.	Das Europäische an der Untersuchungshaft .....	815
6.1	Vertikal: Großer Einfluss der EMRK, (bisher) kleiner der EU-Rechtssetzung .....	815
6.2	Horizontal: Zusammenarbeit und Angleichungstendenzen .....	822
7.	Zum Schluss .....	824
	Quellenverzeichnis .....	827
	Literatur .....	827
	Materialien des Europarats .....	873
	Materialien der Europäischen Union .....	877

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Untersuchungsgefangene nach rechtlichem Status, ausgewählte europäische Staaten 2014	73
Abbildung 2:	U-Gefangene und Gefangene pro 100.000 Einwohner (Raten), ausgewählte europäische Staaten 2014	74
Abbildung 3:	Die Gefangenenzenzahlen in England/Wales 1990-2016	82
Abbildung 4:	Die Gefangenenzenzahlen in Spanien 1990-2016	83
Abbildung 5:	Die Gefangenenzenzahlen in Italien 1990-2015	83
Abbildung 6:	Die Gefangenenzenzahlen in Belgien 1990-2015	91
Abbildung 7:	Die Gefangenenzenzahlen in Litauen 1990-2015	94
Abbildung 8:	Die Gefangenenzenzahlen in Estland 1990-2015	94
Abbildung 9:	Die Gefangenenzenzahlen in Polen 1995-2015	100
Abbildung 10:	Die Gefangenenzenzahlen in Frankreich 1990-2015	103
Abbildung 11:	Die Gefangenenzenzahlen in Deutschland 1992-2016	103
Abbildung 12:	Die Gefangenenzenzahlen in den Niederlanden 1990-2015	106
Abbildung 13:	Die Gefangenenzenzahlen in Irland 1990-2016	108
Abbildung 14:	Die Gefangenenzenzahlen in Finnland 1990-2015	111
Abbildung 15:	Die Entwicklung der Gefangenenzenzahlen in Deutschland 1964-2016	399
Abbildung 16:	Die Entwicklung der Gefangenenraten (Gefangene pro 100.000) in Deutschland 1962-2016	399



Abbildung 17: Kontextdaten 1992-2015	40
Abbildung 18: Untersuchungsgefangene im Bundesländervergleich	41
Abbildung 19: Untersuchungsgefangenenraten regional 1992-2015	41
Abbildung 20: Substitutionsmodell zur Anordnung von Untersuchungshaft und Überwachungsmaßnahmen in Deutschland	55
Abbildung 21: Der Europäische Haftbefehl in der aktiven Praxis 2011	70
Abbildung 22: Der Europäische Haftbefehl in der passiven Praxis 2011	70
Abbildung 23: Anteil ausländischer Gefangener und ausländische3 Gefangener mit EU-Staatsangehörigkeit an der Gefangenenpopulation, 2011	73
Abbildung 24: Substitutionsmodell zur Anordnung von Untersuchungshaft und Überwachungsmaßnahmen	76
Abbildung 25: Stufenmodell zur Anordnung von Untersuchungshaft und Überwachungsmaßnahmen	76

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ausländische Gefangene und ausländische U-Gefangene in den EU-Staaten 2009, 2011 und 2014	79
Tabelle 2:	Entwicklung der Untersuchungsgefangenenzahlen nach Bundesländern 2013-2016	400
Tabelle 3:	In der Strafverfolgungsstatistik erfasste Personen mit Untersuchungshaft 2014	404
Tabelle 4:	Untersuchungshaftquoten 2014, ausgewählte Delikte	406
Tabelle 5:	Ausländische Untersuchungsgefangene in Deutschland 2008 und 2013	411
Tabelle 6:	Einige Indikatoren für regionale Justizkulturen, absteigend sortiert nach U-Gefangenenrate	415
Tabelle 7:	In der Strafverfolgungsstatistik 2014 erfasste Personen mit Verurteilungen zu Freiheits- oder Jugendstrafe, ohne und mit Untersuchungshaft, ausgewählte Delikte	613
Tabelle 8:	Verurteilungen zu Freiheitsstrafe und Aussetzungsquote nach allgemeinem Strafrecht, ausgewählte Delikte – alle Verurteilten und solche mit vorangegangener Untersuchungshaft 2014	614
Tabelle 9:	Ausländische Gefangene und ausländische Gefangene mit EU-Staatsangehörigkeit 2009 und 2011	731



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort (in der Regel Verweis auf vorherige Fußnote)
abl.	ablehnend
aF	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union (soweit nicht anders gekennzeichnet)
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AO	Abgabenordnung
ARHG	Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz (Österreich)
AufenthG	Aufenthaltsgesetz (Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet)
Bearb.	Bearbeiterin, Bearbeiter
Begr.	Begründung, Begründer
Beschl.	Beschluss
Bespr.	Besprechung
Bf.	Beschwerdeführer
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen (amtliche Sammlung)
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BtmG	Betäubungsmittelgesetz (Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln)

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (amtliche Sammlung)
CAB	Zentrale Anti-Korruptionsbehörde (Centralne Biuro Antykorupcyjne), Polen
CCP	Code of Criminal Procedure; Code de procédure pénale, Codice della Procedura Penale
CCPfranc	Code de procédure pénale Française
CCPital	Codice della Procedura Penale Italiano
CEPS	Centre for European Policy Studies
CPT	European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment
CRA	Community Reinforcement Approach
DAV	Deutscher Anwaltverein
DBH	Fachverband für soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
DJT	Deutscher Juristentag
DtZ	Deutsch-deutsche Rechtszeitschrift
DVBL	Deutsche Verwaltungsblätter
DVJJ	Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EJN	Europäisches Justizielles Netz in Strafsachen
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten)
Entsch.	Entscheidung
ERJOSSM	Recommendation of the Committee of Ministers to Member States on the European Rules for Juvenile Offenders Subject to Sanctions or Measures (Empfehlung REC(2008)11 des Ministerkomitees des Europarates zu Europäischen Grundsätzen für die von Sanktionen und Maßnahmen betroffenen jugendlichen Straftäter und Straftäterinnen)
EUAIÜb	Europäische Auslieferungsübereinkommen
EuG	Europäisches Gericht Erster Instanz (beim EuGH)

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Sammlung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs
EU-JZG	Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Österreich)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon
EUV-Nizza	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Nizza
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
FD-StrafR	Fachdienst Strafrecht in Zusammenarbeit mit beck-online.de
finnStPO	Laki oikeudenkäynnistä rikosasioissa (finnische Strafprozessordnung)
G.	Gesetz, Gesetze
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GK	Große Kammer
GrCh	Grundrechtecharta der Europäischen Union
GPS	Global Positioning System (Ortungsverfahren, hier zur Ortung überwachter Verdächtiger oder Straftäter)
Hervorh.	Hervorhebung
HM	Her Majesty's
HRRS	Höchststrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht (Online-Zeitschrift)
hrsg./Hrsg.	herausgegeben/Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i. E.	im Einzelnen
IGH	Internationaler Gerichtshof
IPBPR	Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
i. S. d.	im Sinne des/der
i. V. m.	in Verbindung mit

JA	Juristische Arbeitsblätter
JR	Juristische Rundschau
JRG	polnisches Jugendrechtsgesetz (ustawa o postępowaniu w sprawach nieletnich)
JW	Juristische Wochenschrift
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht (Berliner Bezeichnung des dortigen Oberlandesgerichts)
KK	Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung (zitiert KK/Bearb.)
KrimZ	Kriminologische Zentralstelle e. V., Wiesbaden
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
lat.	lateinisch
LECr	Ley de Enjuiciamiento Criminal (spanische Strafprozessordnung)
litStPO	Lietuvos Respublikos baudžiamojo proceso kodeksas (litauische Strafprozessordnung)
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch (zitiert LK/Bearb.)
LR	Löwe/Rosenberg, Kommentar zur Strafprozessordnung (zitiert LR/Bearb.)
Ls.	Leitsatz
MDR	Monatsschrift für deutsche Recht
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MüKo-StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch (zitiert MüKo-StGB/Bearb.)
MüKo-StPO	Münchener Kommentar zur Strafprozessordnung (zitiert MüKo-StPO/Bearb.)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung vom
n.F.	neue Fassung
NGO	Non-governmental organisation (Nichtregierungsorganisation)
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)

NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Rechtsprechungsreport der Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
ÖBGBl	Österreichisches Bundesgesetzblatt
öStGB	österreichisches Strafgesetzbuch
öStPO	österreichische Strafprozessordnung
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OPCAT	Optional Protocol to the Convention against Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment
PAG	Polizeiaufgabengesetz
para.	Paragraph (zu Markierung der Abschnitte in Urteilen des EuGH, des EGMR und des BVerfG)
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
polnVerf	Verfassung der Republik Polen (Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej)
polnStPO	Polnische Strafprozessordnung (Kodeks postępowania karnego)
polnStGB	Polnisches Strafgesetzbuch (Kodeks Karny)
polnStVollstrGB	Polnisches Strafvollstreckungsgesetzbuch (Kodeks karny wykonawczy)
PPU	procédure préjudicielle d'urgence, Vorabentscheidungsverfahren (EuGH)
R&P	Recht und Psychiatrie (Zeitschrift)
RB	Rahmenbeschluss
RB EuHB	Rahmenbeschluss zum Europäischen Haftbefehl
RB EuÜA	Rahmenbeschluss zur Europäischen Überwachungsanordnung
Rec	Recommendation (bei Empfehlungen des Europarats)
RGBL	Reichsgesetzblatt
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
RiVAST	Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten
RL	Richtlinie



RPflG	Rechtspflegengesetz
RStPO	Reichsstraßprozessordnung
RStPO 1926	Reichsstraßprozessordnung i.d.F. d. G. v. 27.12.1926, RGL. 1926 I, 529
RW	Zeitschrift für Rechtswissenschaft
schweizStPO	Schweizerische Straßprozessordnung
SDÜ	Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Durchführungsübereinkommen)
sec.	section
SK-StPO	Systematischer Kommentar zur Straßprozessordnung (zitiert: SK-StPO/Bearb.)
SOG	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
StGB	Straßgesetzbuch
StPO	Straßprozessordnung
str.	strittig
StraFo	Straßverteidiger Forum (Zeitschrift)
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Straßverfolgungsmaßnahmen
StRG	Gesetz zur Reform des Straßrechts
StV	Straßverteidiger (Zeitschrift)
StVollstrO	Straßvollstreckungsordnung
ThürOLG	Thüringer Oberlandesgericht, OLG Jena
U-Haft	Untersuchungshaft
U-Gefangene	Untersuchungsgefangene
Übers.	Übersetzung
UN	United Nations
Urt.	Urteil
UVollzO	Untersuchungshaftvollzugsordnung
Verf.	Verfasserin, Verfasser
VerfGH	Verfassungsgerichtshof (Polen, Österreich)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstraßrecht
WPB	World Prison Brief
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen

ZAoeRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJJ	Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe
ZP	Zusatzprotokoll
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

### Verwendete Staatenkürzel<sup>1</sup>

AL	Albanien
AT	Österreich
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CH	Schweiz
CY	Zypern
CZ	Tschechische Republik
D/DE	Deutschland
DK	Dänemark
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
ES: CT	Catalunya (Katalonien als autonome Republik Spaniens)
FI	Finnland
FR	Frankreich
GE	Georgien
HR	Kroatien
HU	Ungarn
IE	Irland
IT	Italien
LT	Litauen
LU	Luxembourg

<sup>1</sup> Nach den interinstitutionellen Regeln für Veröffentlichungen der Europäischen Union: <http://publication.s.europa.eu/code/de/de-5000600.htm#fn1>, abgerufen am 1.3.2017; Kürzel der Länder und Gebiete (mit Ausnahme der drei Jurisdiktionen des Vereinigten Königreichs) 473-1

LV	Lettland
MT	Malta
NL	Niederlande
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SE	Schweden
SI	Slowenien
SK	Slowakei
TR	Türkei
UA	Ukraine
UK	Vereinigtes Königreich
UK: E/W	England und Wales als Teil des Vereinigten Königreiches
UK: NI	Nordirland als Teil des Vereinigten Königreiches
UK: SC	Schottland als Teil des Vereinigten Königreiches

### Verwendete Bundesländerkürzel

BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
BE, Bln	Berlin
BB	Brandenburg
HB	(Hansestadt) Bremen
HH	(Hansestadt) Hamburg
HE	Hessen
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW, NRW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST, LSA	Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen
ABL	Alte Bundesländer (mit Berlin)
NBL	Neue Bundesländer

Jede Bezugnahme auf eine Person weiblichen Geschlechts in diesem Text gilt auch für Männer, und umgekehrt, sofern aus dem Kontext nicht eindeutig etwas anderes hervorgeht.

